

So war Malik 11 Jahre lang Außenminister, ein Jahr lang Parlamentssprecher und fünf Jahre Vizepräsident. 1983 wurde er abgesetzt: "Mein Fünfjahresvertrag ist zu Ende".

NICHTS ALS SCHROTT

In seiner letzten Position war Malik wieder etwas aus der rechten Ecke herausgerutscht. Es heißt, er bereute viele seiner Entscheidungen. So kümmerte er sich um die Gefangenen-Hilfsorganisation "Humaika, die sich um die Reintegration entlassener politischer Gefangener und um die Unterstützung von deren Kindern bemüht. Er kritisierte die staatlich inszenierten Morde und macht klar, daß er sein "letztes" für sein Volk zu geben bereit sei, aber niemals mehr eine Regierungsposten annehmen würde.

Trotz der fehlenden innenpolitischen Geradlinigkeit, die Adam Malik charakterisiert, werden seine Verdienste um die Unabhängigkeit der Republik Indonesien in vielen Ländern der Dritten Welt noch heute geschätzt; denn die "Merdeka" von 1945 hat auch andere Nationen inspiriert. Doch daß die Unabhängigkeitsbewegung ein schweres Erbe auf ihren Schultern trägt, daran hat auch Adam Malik keinen Zweifel gelassen: "Ihr, die Jugend müßt kämpfen, weil wir, die Generation von 1945, Euch nichts vererben werden - außer Schrott."

Harriet Ellwein

MAULKORB FÜR "NGO'S"

INDONESISCHE REGIERUNG WILL BERUFSVERBÄNDEN UND INITIATIVGRUPPEN AUF DIE FINGER SCHAUEN

Organisationen, die die wenigen Spielräume politischer, dabei nicht unbedingt regierungskonformer Arbeit in Indonesien bisher noch nutzen konnten, werden in ihrer Tätigkeit von nun an stark reglementiert. So sieht es ein Gesetz vor, das seit August den Parlamentariern in Jakarta zur Verabschiedung vorliegt. Das Gesetz will alle sogenannten nicht-staatlichen Organisationen (Non Government Organizations) unter die Kontrolle der Regierung bringen.

Betroffen davon sind ganz unterschiedliche Institutionen, wie

- Organisationen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften (Christen, Muslims),

- Berufsständische Organisationen von Medizinern, Juristen und Wissenschaftlern, die bisher noch relativ unbehindert von staatlicher Intervention arbeiten konnten,
- kleine Organisationen, wie Umweltschutz- und Verbraucherschutzgruppen oder Initiativgruppen zu Menschenrechtsproblemen oder angepaßter Technologie,
- aber auch Pseudo-"Massenorganisationen" von Arbeitern, Bauern oder Frauen, die weit von den wirklichen Problemen der indonesischen Bevölkerung entfernt - ihre Arbeitsweise nicht weiter umstellen müssen.

Vor allem die kleinen Organisationen sind es, die durch das neue Gesetz getroffen werden sollen: kleine Gruppen von Aktiven, engagiert in Kampagnen und "Barfußarbeit", Graswurzelorganisationen, die mit ihrer Tätigkeit unmittelbar an den Bedürfnissen unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen ansetzen und damit der Regierung ein Dorn im Auge sind.

Die Arbeit der vielen unübersichtlichen Klein- und Kleinstgruppen soll in Zukunft transparenter gemacht werden: Man will Gruppen mit gleichem Tätigkeitsbereich dazu zwingen, sich zusammenzuschließen. Mit dieser Taktik hatte die Regierung schon früher Bauernvereinigungen und gewerkschaftlichen Bewegungen das Wasser abgegraben. Die zuvor genannten "Massenorganisationen" brauchen dann nur noch die Arme aufzuhalten, um die kleinen NGOs alle aufzufangen.

Der zweite Schlag, zu dem in dem neuen Gesetz ausgeholt wird, soll die ohnehin ziemlich dünne Finanzdecke der kleinen Organisationen treffen. Gearbeitet wird hier mit hohem personellen Einsatz und wenig Geld, das zu meist aus dem Ausland kommt. Diese ausländischen Unterstützungen - so wollen es die Gesetzgeber in Jakarta - sollen von nun an nur mit dem Genehmigungsstempel der Regierung an die Organisationen weitergeleitet werden.

Eine der bekanntesten und auch etwas größeren NGOs, die von diesem Gesetz betroffen ist, hat ihren Sitz in Jakarta und unterhält darüberhinaus noch Büros in 9 anderen Städten: die Rechtshilfeorganisation Lembaga Bantuan Hukum (LBH, vgl. Imbas Nr.2), die Anfang der siebziger Jahre - unterstützt von der indonesischen Anwaltskammer und dem Gouverneur von Jakarta - gegründet wurde. Die LBH gewährt kostenlose Rechtshilfe für die

Armen, führt Rechtsberatung und -informationen durch und beteiligt sich auch an der Anregung und Durchführung von Gesetzesreformen.

In all den Jahren ihrer Arbeit mußten die Fach- und Laien-Juristen der Organisation feststellen, daß Rechtshilfe allein gerade dort nicht genüge, wo die Probleme der Armen nicht rein rechtlicher, sondern struktureller Natur sind. So begannen sie, die Bevölkerung über ihre Lage aufzuklären und sie dazu zu motivieren, ihre Rechte selbst wahrzunehmen.

Die Regierung hatte bisher - so sagte ein Vertreter der LBH - in einem Interview mit IMBAS - ein ambivalentes Verhältnis zu den Rechts-Aufklärern. Geduldet hat man sie vor allem deshalb, weil sie als eine Art Warnsignal zur Lokalisierung politischer Konflikte dienen konnte.

Mit dem neuen Gesetz wollen die indonesischen Generäle nun die letzten Alarmauslöser für innenpolitische Probleme mundtot machen - ein Luxus, den man sich z. B. im Nachbarland Malaysia täglich leistet. Hier finden die Appelle und Kampagnen gerade von Umweltschutz- und Verbraucherorganisationen regelmäßiges Echo in der Tagespresse. Solange man bei "seinem" Thema bleibt und keine Anti-Regierungspropaganda betreibt, wird dies auch geduldet.

Suharto und seine Generäle wollen jedoch jegliche Opposition im Keim ersticken. Wie lange die indonesische Bevölkerung noch in der javanischen Grundhaltung des "stillen Boykotts" auf die sich immer weiter verschärfenden gesellschaftlichen Gegensätze reagieren wird, mag die Frage bleiben.

- vgl. TAPOL, 4.7.84., Nr 6
IMBAS, Nr. 2

Erika Jung

NACHRICHTEN

TOTE BEI UNRUHEN IN JAKARTA

9 Tote und 53 Verletzte gab es am 13. September in Jakarta bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und muslimischen Demonstranten. Diese von der Regierung gemachten Angaben sind nach Auffassung von Beobachtern in Jakarta jedoch untertrieben. Die französische Nachrichtenagentur AFP spricht sogar von mehreren dutzend Toten.

16
Begonnen hatte es damit, daß Polizisten indonesische Muslims

dazu aufforderten, Plakate zu entfernen, die diese an einer Moschee im Stadtteil Tanjungpriok angebracht hatten. Es handelte sich dabei um Plakate mit religiösen, anti-chinesischen und anti-Regierungsparolen. Da die Muslims keine Anstalten machten, die Plakate wegzunehmen, begann ein Polizist am folgenden Tag damit, die Parolen mit Schlamm aus einem nahegelegenen Abwasserkanal zu übertünchen. Daraufhin setzten die Gläubigen das Motorrad des Polizisten in Brand. Dieser Vorfall führte zu vier Verhaftungen, die der Auslöser für die eigentlichen Unruhen waren.

Am Abend des 12. September zogen 1500 Muslims mit Messern, Säbeln und Benzin bewaffnet, durch die Straßen von Tanjungpriok, plünderten Geschäfte und setzten Autos in Brand. Ziel der aufgebrauchten Menge war eine Polizeistation, die um Mitternacht mit 15 Mann besetzt war. Im Zuge der Auseinandersetzungen schoß die Polizei in die Menge - erst mit Warnschüssen, dann wurde direkt auf die Menschen gezielt.

Am nächsten Tag kam es in mehreren Gebieten von Jakarta zu verstärkten Polizeieinsätzen. So wurden z.B. in Tanjungpriok, an der Universität Trisakti und am Eingang des Chinesenviertels Glodok Panzer stationiert.

Nach Angaben der Rechtshilfeorganisation Lembaga Bantuan Hukum wurden in der Woche nach den Unruhen noch weitere 20 Muslims festgenommen. Dazu gehörte auch der religiöse Führer A. M. Fatwa, der bereits 1978 wegen aufrührerischer Predigten gegen die Regierung neun Monate im Gefängnis verbracht und trotz aller behördlichen Warnungen seine leidenschaftlichen Anklagen gegen die Regierung fortgesetzt hatte.

Seit einigen Wochen kursieren nun im Untergrund Flugblätter, in denen die Muslims dazu aufgefordert werden, sich zur Verteidigung des Islams zu vereinen.

Auslöser für den Konflikt sind die derzeit laufenden Sitzungen im Parlament, wo beschlossen werden soll, daß alle Organisationen dem Staatsprinzip Pancasila (Monotheismus, Menschlichkeit, Nationalismus, Volkssouveränität und soziale Gerechtigkeit) untergeordnet werden sollen (vgl. Artikel "Maulkorb für NGOs"). Pancasila war die Plattform, auf der viele Gruppen gemeinsam die Unabhängigkeit Indonesiens erkämpft haben. Sie ist ein Versprechen der Unabhängigkeitsbewegung an ihre Mitkämpfer und an ihr Volk, einen humanen, demokratischen Staat zu schaffen.

Heute wächst jedoch der Widerstand gegen ein Prinzip, das von der Bevölkerung blinden Gehorsam verlangt, aber an das sich die Regierung selbst nicht hält. Gerade für gläubige Moslems, die als oberstes Gesetz nur den Koran akzeptieren können, erhebt sich hier ein großer Widerspruch.

vgl. FEER 27.9.1984
MD 21.9.1984
Berichte von IMBAS und eigene Berichte

WIEDER MYSTERIÖSE MORDE UND ENT-FÜHRUNGEN IN OST-JAVA

Seit Juli haben die mysteriösen Morde wieder zugenommen. So wurden entlang der Flüsse Brantas und Porang und an der Küste immer wieder Leichen im Wasser gefunden. Bei Batu Ulo (Süd-Jember) strandete Mitte Juli eine Leiche, die ein Hand nach hinten gebunden und eine Schußwunde in der Brust hatte. Etwa zur gleichen Zeit fand man in einem anderen Ort vier Tote mit Schuß- und Schnittwunden an Kopf und Körper, darunter eine Frau. Bis heute sind diese Toten noch nicht vollständig identifiziert.

Anfang August wurden drei weitere Personen erschossen und in der Nähe ihres Dorfes ohne jegliche Zeremonie beerdigt. Auf Proteste des islamischen Geistlichen hin drohte das örtliche Militärkommando jedem, der es wage, die Leichen wieder auszugraben, harte Konsequenzen an.

Auch im Gebiet von Porang werden auf den Flüssen täglich etwa zwei bis drei Leichen in den Flüssen gefunden.

Über das Schicksal von 6 Bewohnern des Dorfes Harjokuncuran, die am 14. Juli auf mysteriöse Weise entführt wurden, ist bis heute nichts bekannt. Den Entführten war zuvor Land weggenommen worden, und sie hatten bei den Behörden dagegen protestiert.

Wie die Behörden auf ungeliebte Fragen reagieren können, erfuhr im Juli auch die Ehefrau eines Mannes, der im September 1982 von zwei Männern entführt und später umgebracht worden war: "Wenn Du weitere Fragen stellst, geht es Dir wie Deinem Mann."

- vgl. Suara Indonesia, 7.7.84. und eigene Berichte

WALDBRÄNDE AUF BORNEO EIN JAHR LANG VERHEIMLICHT

Erst über ein Jahr später erfuhren die Einwohner von Singapur, woher die unerklärlichen Luftverunreinigungen herrührten, von denen der Stadtstaat letztes Jahr betroffen wurde: Einer der verheerendsten Waldbrände seit

Menschengedenken hatte im indonesischen Teil der Insel Borneo mehrere Millionen Hektar Wald vernichtet. Allein in der Provinz Ost-Kalimantan fielen 3,5 Millionen Hektar den Bränden zum Opfer, und diese Schätzung wird noch als ungenau bezeichnet (als Vergleich dazu: Der gesamte Waldbestand in der BRD beträgt 7,4 Millionen Hektar).

Erstaunlich, so die FAZ vom 12. 9.1984 ist die Tatsache, daß man in der westlichen Welt im Zeitalter der Beobachtungssatelliten erst mit so großer Verspätung von den Bränden erfuhr. Erstaunlich ist auch, so fährt das Blatt fort, was die indonesische Regierung dazu bewogen haben mag, eine Naturkatastrophe von solchem Ausmaß zu verheimlichen, es habe - von wenigen Fällen abgesehen - noch nicht einmal eine Bekämpfung der Brände gegeben. Beobachter vermuten, daß die Waldbrände als natürliche Brandrodung nicht ungelogen kamen.

- vgl. FAZ 12.9.1984
AW 13.7.1984

UMWELTVERSCHMUTZUNG DURCH DIE FIRMA HENKEL

Im Jahr 1979 errichtete die deutsche Firma Henkel im Dorf Curug nahe der westjavanischen Stadt Bogor eine Chemiefabrik. Vor längerer Zeit schon - so wurde aus Indonesien berichtet - beschwerten sich Bewohner von Curug in einem Brief an die Fabrikleitung und lokale sowie zentralstaatliche Behörden über den deutschen Konzern. Er verursache Lärm, verschmutze die Luft und vergifte das Wasser.

Mit diesem Brief zogen die Einwohner von Curug nicht das erste Mal gegen Henkel zu Felde. Schon vor der Ansiedlung des deutschen Konzerns hatte sich ein Teil der Dorfbewohner versammelt, um einen Brief zu diskutieren, in dem sie vom Bürgermeister dazu aufgefordert worden waren, per Unterschrift ihre Zustimmung zu dem geplanten Werk zu geben. Viele Dorfbewohner hatten bereits unterschrieben, nachdem ihnen ein Beamter angedroht hatte, sie dürften auf keinen Fall gegen die Errichtung der Fabrik protestieren. Jedem, der seine Zustimmung zu dieser Fabrik gegeben hatte, wurden im Anschluß vom stellvertretenden Bürgermeister 6 000 Rupiah bezahlt.

Diejenigen Dorfbewohner, die zu der Versammlung gekommen waren, verweigerten jedoch ihre Unterschrift. Als der Militärkommandant und der Landrat des Landkreises Cimanggis von der Entscheidung der Bewohner gehört hatten, beriefen sie für alle,

die an der Versammlung teilgenommen hatten, eine Sitzung ein. Der Versammlungsleiter drohte den Anwesenden mit Bestrafungen, falls sich diese nochmals ohne Genehmigung versammelten, und dies dazu noch mit dem Vorsatz, die Errichtung einer Fabrik zu sabotieren.

Die Ablehnung der Fabrik hatten die protestierenden Bewohner mit der zu erwartenden Umweltbelastung begründet. Wie berechtigt ihre Befürchtungen waren, stellte sich nach Beginn der Produktion heraus. In dem Brief an die Fabrikleitung und die Behörden werden die Ruhestörung durch Maschinenlärm und die Verschmutzung eines Brunnens im Wohnviertel beklagt: "Doppelt so hoch wie das Wasser im Brunnen war der Schaum, der auf der Wasseroberfläche schwamm. Die Bewohner konnten das Wasser nicht mehr benutzen."

Am schlimmsten sei nach Ansicht der Untzerzeichner die Luftverschmutzung durch Raucherentwicklung. Diese führe regelmäßig zu Atembeschwerden. Eines Nachts seien einige Kinder fast ohnmächtig geworden. Die Firma Henkel habe auf die Beschwerden der Bewohner nicht reagiert. Der Rauch würde weiter aus den Henkel-Schloten aufsteigen, tagsüber weniger, abends mehr. In ihrem Brief erklärten die Bewohner: "Diese Fabrik entspricht nicht dem Ziel des Aufbaus von Indonesien, nämlich dem Ziel des Aufbaus einer gleichberechtigten und blühenden Gesellschaft, auf der Basis der fünf Prinzipien und der Verfassung aus dem Jahre 1945."

- eigener Bericht

DORNROSCHENSCHLAF DER TEXTILINDUSTRIE

Obwohl kaum ein europäischer Tourist der Versuchung widerstehen kann, sich eine Batik zu kaufen, und der Archipelstaat Indonesien zudem eine Jahrtausende alte handwerkliche Tradition in der Textilfertigung aufweist, wurden in Indonesien bisher immer noch mehr Textilprodukte ein- als ausgeführt. Um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und sich außerdem an die Bedürfnisse des eigenen Marktes anzupassen, steht die indonesische Textilindustrie momentan vor der Notwendigkeit einer tiefen Umstrukturierung. So betreut z.B. die Firma "Batik Keris" in einem Adoptivsystem eine Reihe von kleineren Firmen mit Krediten und "know how". Ziel ist eine organisatorische Verzahnung verschiedener Firmentypen.

vgl. Anton Gälli: Indonesien - ein neues Textilland; in: ifo-Schnelldienst 3/84

50 000 VERLIEREN JOB

Die Holzindustrie, einer der größten Devisenbringer des Landes, ist nach den Umstrukturierungsmaßnahmen der Regierung in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Infolge der Umstrukturierung stehen hunderte von Sägemühlen und Sperrholzfabriken vor finanziellen Problemen. Nach Informationen des Sprechers der All-Indonesian-Labour-Federation (FBSI), Agus Sudono, haben bereits mehr als 50 000 Arbeiter ihre Jobs verloren. Allerdings gibt es keine öffentliche Statistik über die Gesamtzahl der in der Holzindustrie Beschäftigten.

Vor vier Jahren hatte die indonesische Regierung begonnen, den Export von unverarbeiteten Rohholzblöcken zu reduzieren und stattdessen die Produktion von Sperrholz zu fördern, was höhere Exporterträge versprach. Außerdem wurde die Vergabe von Konzessionen zum Fällen und Abtransportieren des Edelholzes aufgrund der knapper werdenden Baumbestände gestoppt.

Der Mangel an Holz bedroht inzwischen nach Aussagen von Industriellen die Existenz der meisten inländischen Sägemühlen und vieler kleiner Sperrholzhersteller. Demnach haben sich seit Beginn der Umstrukturierungsmaßnahmen Dutzende ausländischer Holzfirmen lieber aus Indonesien zurückgezogen, als daß sie Millionen von Dollars in die Sperrholzproduktion investiert hätten. Dies betrifft auch die beiden US-Firmen WEYERHAUSER CO. und GEORGIA-PACIFIC-CORP.

Die Holzproduktion ist in Indonesien seit 1980 um 25% gesunken. Das Land muß heute Holz importieren, um wenigstens die Existenz einiger Sägewerke und Kleinproduzenten zu sichern. Nach Zahlen des Internationalen Währungsfonds waren 1982 die Erträge aus Holzexporten gegenüber 1978 um 44% auf 558 Mill. US-Dollar gefallen. Noch vor sechs Jahren war Indonesien der weltgrößte Produzent von unverarbeitetem Hartholz. Mit dem nächsten Jahr wird der Export unverarbeiteter Hartholzblöcke vollkommen eingestellt.

vgl. ALM Vol.1, No.2, S.5

AUSBAU DER MILCHWIRTSCHAFT IN INDONESIA

Nach Informationen der indonesischen Regierung sollen bis zum Jahre 1989 in Indonesien 7 Millionen Arbeitskräfte in der Viehzucht beschäftigt sein. Gegenwärtig sind 6,3 Millionen Arbeitskräfte in der Viehzucht tätig, davon etwa 1,5 Millionen in der Milchwirtschaft.

In den nächsten fünf Jahren soll die Zahl der Beschäftigten in der Milchwirtschaft jährlich um 11 % gesteigert werden. Milchwirtschaft hat hohe Priorität bei der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft, weil gegenwärtig noch Milchpulver im Wert von fast 1 Milliarde US \$ jährlich eingeführt werden müssen.

-vgl. ALM, Sept. 1984

WENIGER AUSLÄNDISCHE EXPERTEN IN INDONESIA

Indonesien hat angekündigt, daß bis zum Ende des jetzt angelaufenen 4. Fünfjahresplanes die Zahl ausländischer Experten im Land drastisch reduziert werden soll. Jedes Jahr soll die Zahl der im Land arbeitenden Ausländer um 15 % verringert werden. Gegenwärtig arbeiten in Indonesien 16000 Ausländer, von denen etwa die Hälfte in Management-Positionen tätig sind.

1300 Ausländer wurden in den letzten Monaten bereits des Landes verwiesen. Ihnen wurde vorgeworfen, die strengen gesetzlichen Vorschriften zu Verletzung von Arbeitsgenehmigungen mißachtet zu haben. Seit Beginn dieser Maßnahmen ist der Zufluß ausländischen Investitionskapitals nach Indonesien bereits zurückgegangen.

EXPORT VON ARBEITSKRÄFTEN

Das indonesische Arbeitsministerium plant, innerhalb der nächsten fünf Jahre 230 000 Arbeitskräfte als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Bereits in diesem Jahr sollen 35 000 Gastarbeiter nach Saudi-Arabien, Kuwait und Malaysia gehen. Nach Auskunft des Arbeitsministeriums steht dabei nicht das Ziel im Hintergrund, die Devisenbilanz zu verbessern, sondern vor allem, die Arbeitslosigkeit im Lande zu bekämpfen.

Bereits jetzt arbeiten über 100 000 Indonesier im Ausland. Die meisten von ihnen sind als Plantagenarbeiter, Bauarbeiter und Haushaltshilfen beschäftigt. Eine indonesische Hausangestellte erhält in Saudi-Arabien etwa 350 US \$ monatlich, während sie in Indonesien für die gleiche Arbeit nur 20-40 US \$ verdienen würde.

Vgl. ALM, Sept. 1984

ARBEITSUNFÄLLE

Indonesiens Arbeitsminister Sudomo hat zugegeben, daß das Land etwas zur Unfallverhütung am Arbeitsplatz tun muß. Nach der Statistik des Arbeitsmini-

steriums verunglückten im vergangenen Jahr 4 883 Fabrikarbeiter an ihrem Arbeitsplatz tödlich.

Mit japanischer Entwicklungshilfe soll jetzt ein Unfallverhütungsprogramm für die indonesische Industrie aufgebaut werden.

-vgl. ALM, Sept, 1984

MINISTERIUM GEHT GEGEN AUSLÄNDISCHE BESCHÄFTIGTE VOR

Das Arbeitsministerium hat im März 115 ausländischen Beschäftigten die Arbeitserlaubnis entzogen. Weitere 27 mußten das Land umgehend verlassen. Ihnen wurde vorgeworfen, nur im Besitz eines Business-Visas gewesen zu sein; für die Maßnahmen gegen die anderen 115 wurden jedoch keine Erklärungen abgegeben. Momentan gibt es ca. 16 000 ausländische Beschäftigte in Indonesien.

aus ALM, Vol.I.No.2, S.27

WELTBANK ERMUNBERT ZU SCHRITTEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

In ihrem Jahresbericht zu Indonesien stellt die Weltbank fest, daß die Arbeitslosigkeit auch bei deutlichen Zeichen wirtschaftlicher Erholung weiterhin ein ernstes Problem sein wird.

Die Weltbank warnt, daß auch die angestrebte fünfprozentige, jährliche Wachstumsrate nicht ausreicht, um die benötigten 9 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Der Bericht hebt hervor, daß die amtliche Statistik für 1980 (das ist das letzte Jahr, von dem Zahlen veröffentlicht wurden) zwar nur eine Arbeitslosenrate von weniger als zwei Prozent zeigt, daß aber die Unterbeschäftigung dagegen auf dem Land bei 27% und in den großen Städten bei 17% liegt.

Die Weltbank schlägt Maßnahmen gegen dieses Beschäftigungsproblem vor, die vor allem in der Landwirtschaft Arbeitsplätze schaffen sollen, wie Diversifizierung und Intensivierung des Feldanbaus. Weiter sollen arbeitsintensive Industrien mit niedrigen Devisenkosten gefördert werden.

aus ALM Vol.I.No.2, S.27

12 ARBEITER WEGEN GRÜNDUNG EINER BASISORGANISATION GEFEUERT

Zwölf Beschäftigte der Firma PT LEADER QUALITY, einer Gummibandfabrik in Jakarta, wurden im März gekündigt, nachdem sie versucht hatten, eine Basisorganisation der Arbeiter zu gründen. Die 12 erhielten keine formalen Kündigungsschreiben, ihnen wurde nur eine Abfindung von vier Monatsgehältern angeboten.

Die Beschäftigten lehnten das Angebot ab und wendeten sich in dieser Sache an das Arbeitsministerium, das auch in diesem Fall zu schlichten versucht. Der Widerstand der Firma gegen die Organisation der Beschäftigten wurde seitens des Ministeriums als illegal bezeichnet.

aus ALM Vol.I.No.2, S.20

BEUNRUHIGUNG WEGEN INDONESIERINEN IN SAUDI-ARABIEN

Schon früher wurden Berichte laut, die die schlechte Behandlung indonesischer Hausangestellter in Saudi-Arabien beklagten. Diese wurden aber im Mai von Außenminister Sudomo zurückgewiesen, der feststellte, daß die Regierung niemanden zur Arbeit im Ausland aufgefordert habe. Der Minister teilte mit, daß 1983 221 Beschwerden indonesischer Arbeitskräfte bei der Botschaft in Saudi-Arabien eingegangen seien. Unabhängig davon stellte Lukman Harun von der islamischen "Mohammadiyah"-Organisation fest, daß 80% der weiblichen Hausangestellten mißhandelt wurden. Diese Aussage stützt er auf Briefe, die die Betroffenen an ihre Familien schickten, sowie auf Interviews, die er selbst bei einem Besuch in Saudi Arabien gemacht hatte. Die nationale Frauenorganisation PERWANAS hat die Regierung bereits im Januar gedrängt, weibliche Hausangestellte nicht mehr als Arbeitskräfte ins Ausland ausreisen zu lassen.

Nach Aussage Sudomos sind in den letzten fünf Jahren 56000 Indonesier als Gastarbeiter nach Saudi-Arabien gegangen, darunter 5761 Frauen, die vornehmlich als Hausangestellte arbeiten.

vgl. ALM Vol.I.No.2, S.10

INDONESISCHER JOURNALIST BEKOMMT ÄRGER DER PAPUAS ZU SPÜREN

Ein indonesischer Journalist, der das Blackwater Camp in der Nähe von Vanimo besuchte, bekam einen Eindruck von dem tiefen Haß, den Flüchtlinge aus West-Papua für die Indonesier empfinden. Der Journalist, Susato Pudjomartono von der Zeitschrift "Tempo", beschreibt in dem Bericht über seinen Besuch, auf welche Feindseligkeiten er traf, sobald es sich herumgesprochen hatte, daß ein Indonesier im Camp sei:

"Schnell waren wir von einigen Dutzend Menschen umringt, von denen einige vor Wut zitterten. 'Wir wollen keine Indonesier hier', sagte einer. 'Indonesier sind kriminell. Schmeißt ihn raus!' Die Stimmung wurde immer

angespannter, als die Menge noch sprach. 'Schneidet ihm den Hals ab', sagte einer, und zwei andere stimmten ihm zu. 'Indonesier sind grausam. Sie haben 150 000 Einwohner von West-Irian in den letzten 20 Jahren ermordet.'"

aus: TAPOL No.64, Juli 1984

OST-TIMOR : KONGRESSABGEORDNETE SCHREIBEN AN AUSSENMINISTER SHULTZ

Eine Gruppe von nicht weniger als 123 Mitgliedern des amerikanischen Kongresses sowie des Repräsentantenhauses forderten Außenminister George Shultz in einem Brief auf, während seines Besuchs in Jakarta das Problem Ost-Timor auf die Tagesordnung zu setzen. Shultz, der sich in der ersten Julihälfte in Jakarta aufhielt, um mit den ASEAN-Außenministern zu konferieren, wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß "das Volk von Ost-Timor unter einem Militärregime leben muß, das unter Verletzung internationalen Rechts mit Gewalt eingesetzt wurde." Er solle bei seinen Gesprächen mit der indonesischen Regierung nachdrücklich auf die Notsituation der Bevölkerung von Ost-Timor hinweisen.

aus TAPOL No.64, Juli 1984

FRETILIN WIEDER EINE BEDROHUNG

Die amerikanische Zeitschrift Southeast Asia Chronicle schreibt in ihrer Juni-Ausgabe, die Befreiungsorganisation von Ost-Timor, die Fretilin, beginne sich von ihren Rückschlägen zu erholen. Nach den Worten des früheren Bischofs von Dili könne man heute Angehörige der Fretilin in allen Ämtern, sogar auf höchster Ebene, finden... bis hin zu den indonesischen Streitkräften. "Wenn die Indonesier die Fretilin auslöschen wollen, müssen sie das ganze Volk vernichten. Davon bin ich überzeugt."

aus: SEAC No.94, Juni 1984

BUCHBESPRECHUNG

J. BERNINGHAUSEN/ B. KERSTAN, DIE TÖCHTER KARTINIS - BERICHTE UND REPORTAGEN AUS DEM LEBEN INDONESISCHER FRAUEN, BERLIN 1984

Dieses erstmals in deutscher Sprache erschienene Buch zur Lage indonesischer Frauen ist ein gelungener Versuch, Hintergrundinformationen zur Geschichte und Kultur des Landes wie zur indonesischen Frauenbewegung mit lebhaften Reiseeindrücken zu verbinden. Aufgrund der Vielfalt angesprochener Themen eignet sich das Buch